

Nach dem vom Bundeskabinett am 14.12.2022 beschlossenen „Bericht der Bundesregierung zum Stand des Bürokratieabbaus und zur Fortentwicklung auf dem Gebiet der besseren Rechtsetzung für das Jahr 2021“ (BT-Drs. 20/5000) lag der „Bürokratiekostenindex“ im Jahr 2021 erneut auf einem historischen Tiefstand (hib 769/2022 vom 21.12.2022). „Mit 96,97 hat der Bürokratiekostenindex im Jahr 2021 seinen bisher niedrigsten Stand erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 1,1 Milliarden Euro gesunken.“ Zudem habe die „One in, one out“-Regelung zu weiteren Entlastungen geführt: „In der zurückliegenden 19. Legislaturperiode haben durch die Bundesregierung beschlossene Regelungen die Wirtschaft um 1,7 Milliarden Euro an laufendem Erfüllungsaufwand entlastet. Betrachtet man nur das Berichtsjahr 2021, so ergibt sich eine Entlastung von 459 Millionen Euro.“ Deutlich gestiegen sei hingegen laut Bericht der Erfüllungsaufwand für die Verwaltung: „Die Regelungsvorhaben, die bei den Behörden und Ämtern zu einer Veränderung des Erfüllungsaufwands führen, belasten diese mit zusätzlich rund 4,4 Milliarden Euro. Damit wurde der höchste Stand aus den Vorjahren um mehr als das Dreifache übertroffen.“ Auch der Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sei – erstmals seit 2017 – wieder gestiegen. „Durch die Regelungsvorhaben der Bundesregierung wurden Bürgerinnen und Bürger 2021 belastet. Der laufende Zeitaufwand stieg um 1,1 Millionen Stunden und der laufende Sachaufwand um 50 Millionen Euro pro Jahr.“ Wenig überraschend habe sich die Corona-Pandemie auf Gesetzgebung und Umstellungsaufwand ausgewirkt, wie der Bericht ausführt. 15% der Gesetzentwürfe der Bundesregierung hätten 2021 einen Bezug zur Corona-Pandemie aufgewiesen. Im Jahr 2020 seien es noch 22% gewesen. „Durch die coronabedingte Gesetzgebung wurde für die Wirtschaft ein Umstellungsaufwand von 5,0 Milliarden Euro verursacht. Dies entspricht rund 86 Prozent des gesamten Umstellungsaufwands für die Wirtschaft“, heißt es in dem Bericht.



Gabriele Bourgon,
Ressortleiterin
Bilanzrecht und
Betriebswirtschaft

Rechnungslegung

GRI: Inkrafttreten von GRI 1, 2 und 3

-tb- Die Global Reporting Initiative (GRI) hat vor dem Inkrafttreten der neuen universellen Standards GRI 1, 2 und 3 am 1.1.2023 ergänzendes Material veröffentlicht. Dieses beinhaltet u. a. eine Übersicht, in der die Änderungen zwischen den GRI-Standards 2016 und 2021 detailliert aufgeführt sind. Die PM ist unter <https://www.globalreporting.org> abrufbar.

IFRSF: Einrichtung eines ISSB-Standorts in Peking

-tb- Die International Financial Reporting Standards Foundation (IFRSF) hat eine Absichtserklärung mit dem chinesischen Finanzministerium unterzeichnet, um eine ISSB-Präsenz in Peking einzurichten. Diese soll Mitte 2023 eröffnet werden. Die PM ist unter <https://www.ifrs.org> abrufbar.

IASB: Abschlussbericht IFRS 9

-tb- Der International Accounting Standards Board (IASB) hat seinen Abschlussbericht zur Implementierung von Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften für Finanzinstrumente (IFRS 9) veröffentlicht. Die PM ist unter <https://www.ifrs.org> abrufbar.

IASB: Inkrafttreten von IFRS 17

-tb- Der IASB hat vor dem Inkrafttreten von IFRS 17 „Versicherungsverträge“ am 1.1.2023 unterstützendes Material für das Verständnis und die Anwendung des neuen Standards veröffentlicht. Die PM ist unter <https://www.ifrs.org> abrufbar.

ISSB: Offenlegung von Scope-3-THG-Emissionen

-tb- Der International Sustainability Standards Board (ISSB) hat Leitlinien und Erleichterungen beschlossen, um Anwender des IFRS S2 „Klima-

bezogene Angaben“ zukünftig bei der Offenlegung von Scope-3-THG-Emissionen zu unterstützen. Dadurch soll den Unternehmen Zeit gewährt werden, um geeignete Prozesse für die Messung und Offenlegung von Scope-3-THG-Emissionen zu installieren. Die PM ist unter <https://www.ifrs.org> abrufbar.

FASB: Taxonomien

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat die GAAP Financial Reporting-Taxonomie und die SEC Reporting-Taxonomie (zusammen als GAAP-Taxonomie bezeichnet) für das Jahr 2023 veröffentlicht. Auch die 2023 DQC Rules-Taxonomie steht ab sofort zur Verfügung. Die PM ist unter <https://fasb.org> abrufbar.

FASB: Aktualisierung zur Rechnungslegung

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat eine Aktualisierung zur Rechnungslegung zum Thema 944 „Finanzdienstleistungen – Versicherungen“ veröffentlicht. Die PM ist unter <https://fasb.org> abrufbar.

FASB: Erleichterungsperiode zur Referenzzinssatzreform verlängert

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat die Nutzungsperiode für die Anleitung zu Erleichterungen hinsichtlich der Referenzzinssatzreform (Topic 848) verlängert. Die PM ist unter <https://fasb.org> abrufbar.

EU: CSRD im Amtsblatt

-tb- Die Europäische Union (EU) hat die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in ihrem Amtsblatt veröffentlicht. Damit ist sie ab sofort in allen Amtssprachen der EU verfügbar. Die PM ist unter <https://eur-lex.europa.eu> abrufbar.

➔ Weitere Informationen dazu finden Sie auch unter www.drsc.de und www.wpk.de.

EFRAG: Entwurf zur Übernahmeempfehlung von Änderungen an IAS 1

-tb- Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat einen Entwurf zur Übernahmeempfehlung von Änderungen an IAS 1 veröffentlicht. Dieser betrifft die Klassifizierung von kurz- und langfristigen Schulden, den damit zusammenhängenden Zeitpunkt des Inkrafttretens sowie langfristige Schulden mit Nebenbedingungen. Die PM ist unter <https://www.efrag.org> abrufbar. Kommentare werden bis zum 1.3.2023 erbeten.

DRSC: FAQ der Europäischen Kommission zur EU-Taxonomie-VO

Am 19.12.2022 hat die Europäische Kommission zwei Entwürfe von FAQ zur EU-Taxonomie-VO veröffentlicht (ec.europa.eu). Das eine FAQ-Dokument fokussiert sich auf Themen zu den technischen Bewertungs- und DNSH-Kriterien der zwei klimabezogenen Umweltziele und das andere auf Themen zur Berichterstattung nach Art. 8 EU-Taxonomie-VO. Die Entwürfe sind bereits von der Europäischen Kommission grundsätzlich genehmigt und werden zu einem späteren Zeitpunkt in den EU-Amtssprachen im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) hat für seine Mitgliedsunternehmen bisher elf Anwenderforen zur EU-Taxonomie-VO durchgeführt und die Ergebnisse an die Europäische Kommission und die Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen übermittelt. Weitere Anwenderforen sind ab dem Frühjahr 2023 geplant. (www.drsc.de)

DRSC: EU-Richtlinie zur Mindestbesteuerung im Amtsblatt

Am 22.12.2022 ist die Richtlinie (EU) 2022/2523 zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung